

Massaker

Chinas brutale Antwort auf die Demokratiebewegung

Nach den blutigen Ereignissen des ersten Wochenendes im Juni herrschen Entsetzen und Nichtverstehen vor. Wenn es eine Übereinstimmung unter den verschiedenen China-Beobachtern gab, dann bestand sie in dem Satz: „Die Befreiungsarmee Chinas schießt nicht auf das chinesische Volk!“ Die Ereignisse in Peking und in den anderen Städten Chinas schienen dies ja auch zunächst zu bestätigen. Die Besetzung des zentralen und so geschichts- und symbolträchtigen Platzes des „Himmlischen Friedens“ hatte schließlich über einen Monat gedauert, ohne daß es zu Gewalttätigkeiten gekommen wäre. Dabei fiel in diese Zeit der historische Besuch von *Michail Gorbatschow*, der ein Höhepunkt der politischen Laufbahn *Deng Xiaopings* werden sollte.

Die Bewegung der Studenten für mehr Demokratie hatte dieses politische Ereignis ständig überschattet. Die Anwesenheit der Weltpresse hatte dazu geführt, daß die Protestbewegung weltweit Beachtung und wegen ihrer gewaltfreien und kreativen Art auch Anerkennung und Unterstützung fand. Die Demonstrationen zogen sich danach hin, ohne daß lange Zeit überhaupt etwas geschah. Die zuständigen Parteigremien wirkten wie gelähmt und versteckten sich vor den Demonstranten und dem Volk im gleichen Maße. Es drängte sich der Eindruck auf, daß sie nicht wußten, wie auf diese spontane Bewegung reagiert werden sollte. Begonnen hatten die Demonstrationen im Zusammenhang mit dem Tod des ehemaligen Generalsekretärs der Kommunistischen Partei Chinas, *Hu Yaobang*, der lange Zeit Hoffnungsträger der Reformbefürworter gewesen war. Studentenunruhen hatten ihm schon vor 2 Jahren sein Amt und die Aussicht, möglicher

Nachfolger von *Deng Xiaoping* zu werden, genommen. Sein Tod fiel zeitlich in die Nähe des 70. Jahrestages des 4.-Mai-Bewegung. Am 4. Mai 1979 hatten Studenten in Peking gegen die ungerechten Bestimmungen des Versailler Vertrags und die schwache chinesische Regierung der damaligen Zeit demonstriert. Dieses Datum und die sich daran anschließende Bewegung von Intellektuellen wurden zum Beginn der politischen Strömung, die zum Sturz der Manchu-Dynastie und zur Republik China führte. Die etwas später entstandene Kommunistische Partei Chinas hatte sich immer als legitimer Erbe dieser Bewegung verstanden.

Der Protest der Studenten machte auf den allgemeinen Gesichtsverlust der regierenden Partei aufmerksam, die längst ihre ideologisch führende Rolle in China verloren hat und unter der Korruption vieler führender Kader leidet. Die ideologische Ernüchterung nach dem Fiasko der Kulturrevolution konnte die Parteiführung zunächst mit dem Programm der „Vier Modernisierungen“ auffangen. Zu offensichtlich war das Bedürfnis nach Reformen auf allen gesellschaftlichen Sektoren in China. Aber schon 1979 wurden von der „Demokratiebewegung“ weitergehende Reformen gefordert. *Wei Jincheng*, der als 5. Modernisierung die Demokratisierung gefordert hatte, wurde von *Deng Xiaoping* zu 15 Jahren Haft verurteilt.

Deng Xiaoping und seine Gefolgsleute hatten immer nur eine wirtschaftliche Reform gewollt und sich gegen alle politischen Reformen, die zu einer Einschränkung der Macht der Kommunistischen Partei, bzw. der Clique der leitenden Kader, geführt hätte, gewehrt. Die Ereignisse der letzten Tage haben daher eigentlich nur das immer schon vorhandene Dilemma der chinesischen Reformpolitik grell ins Licht gerückt: Wie kann man in China grundlegende wirtschaftliche Reformen durchführen und auf weite Strecken Anleihen an kapitalistische Wirtschaftsmethoden machen, ohne politische Reformen durchzuführen? Sind solche Reformen zu verwirklichen, wenn man am Herrschaftsmo-

nopol der Kommunistischen Partei festhält?

Daß die Antwort auf diese brutale Weise gegeben wurde, hat alle überrascht und verstört. Chinesen sind für ihre Fähigkeit, Kompromisse einzugehen, bekannt. War es nicht möglich, auf dem Verhandlungsweg einen Mittelweg zu finden, der beiden Seiten „Gesicht“ gelassen hätte? Was bleibt jetzt, nachdem dieser gigantische Scherbenhaufen angerichtet wurde? Ist es möglich, die Emotionen, die Enttäuschung, die Verbitterung und Desillusion irgendwie aufzufangen? Kann dies durch dieselben Personen geschehen, die diese Untat zu verantworten haben?

In den ersten Tagen nach dem blutigen Eingreifen der Armee gab es noch Spekulationen, daß hinter den Kulissen ein Machtkampf unter verschiedenen Gruppen des Militärs stattfindet und es zu einem Bürgerkrieg kommen könne. Der medienwirksam inszenierte Fernsehauftritt von *Deng Xiaoping* mit der eindrucksvollen Riege hoher Militärs im Hintergrund knapp eine Woche später sollte dem chinesischen Volk und der Weltöffentlichkeit den Zusammenhalt und die Einheit von politischer und militärischer Führung bei der Bekämpfung der „Konterrevolution“ deutlich vor Augen führen. In der Zwischenzeit rollt die Verhaftungs- und Repressionswelle im ganzen Land. Die Vertreter der harten Linie haben sich fürs erste durchgesetzt und scheinen entschlossen, die Schmach ihrer Bloßstellung und des Gesichtsverlusts durch die Studentenbewegung mit der Demütigung ihrer Gegner zu rächen, die als kriminelle Elemente bezeichnet und im Fernsehen in einer menschlich erniedrigenden Weise vorgeführt werden. Gezielt wird Angst verbreitet, werden die Methoden des Gesinnungsterrors wie Bespitzelung und Denunziation wieder belebt. Die ohnmächtige Wut und Betroffenheit der Bevölkerung in Peking und den anderen großen Städten schlägt in Resignation und Verbitterung um.

Die alten und neuen Machthaber versuchen inzwischen, wieder zur alten Geschäftsordnung – „business as

usual“ – zurückzukehren und betonen mit zynischem Gleichmut, daß die Politik der (wirtschaftlichen) Reformen weitergeführt werde. Ihre Kalkulation, damit gegenüber den Staaten des Westens durchzukommen, scheint sogar aufzugehen. Die bisherigen Reaktionen der Politiker in den USA und Europa blieben auffallend zurückhaltend und lassen nicht erkennen, daß sie konkrete politische und wirtschaftliche Maßnahmen ergreifen könnten. Auf dem wirtschaftlichen Sektor wird es zu gewissen Ausfällen kommen. Aber auch hier scheint die Tendenz vorzuherrschen, sich den großen Markt „China“ nicht entgehen zu lassen und – vielleicht vorsichtiger als bisher – doch weiter zu investieren.

Waren die Tage von Peking nicht mehr als eine Episode, die abgehakt und erledigt werden muß? Die weltweite Anteilnahme und der Schock, den die Ereignisse auslösten, hat das Chinabild des Auslands nachhaltig erschüttert. Es wurde deutlich, daß das Ausmaß der Reformpolitik und seine allgemeine Verbreitung im Denken des chinesischen Volkes wohl überschätzt worden ist. Die Parolen der Studenten fanden ihren Widerhall bei der Bevölkerung der größeren Städte, und es gab durchaus die Anfänge einer ernst zu nehmenden politischen Bewegung. Auch innerhalb der Partei gab es viele Sympathisanten. Aber noch einmal hat der Apparat gesiegt, und die Ideologen haben sich durchgesetzt.

Im Innern Chinas haben die Kommunistische Partei und die Befreiungsarmee wohl das letzte Vertrauen verspielt. Die Kampagne gegen die Konterrevolution kann Haß und Verbitterung schüren, aber keine neuen Impulse freisetzen. Neben der Verfolgung der Intellektuellen und aller, die westliches „bourgeois Gedankengut“ verbreiten, werden auch die Kirchen von der Repression betroffen sein. Während der Studentenproteste hat die Katholische Patriotische Vereinigung durch Statements des Generalsekretärs *Liu Bainian* vorsichtig taktiert und die Anliegen der Studenten zwar positiv bewertet, ihre Methoden jedoch abgelehnt. Liu hatte zum Gebot um eine friedliche Einigung aufge-

rufen. Die Stellungnahme des chinesischen Christenrats durch den Präsidenten *K. H. Ding* unterstützte die Studentenbewegung eindeutig, sprach von „patriotischer Aktivität“ und betonte, daß auch Christen aktiv beteiligt seien (*UCA-News*, 31.5.89).

Die Auswirkungen des politischen Erdbebens der letzten Tage und Wochen werden in China noch lange zu spüren sein. Wie sie auch die Religionsgemeinschaften, vor allem auch die kleinen christlichen Gemeinschaften, zu spüren bekommen werden, ist gegenwärtig nicht auszumachen. Fürs erste scheint eine neue Eiszeit bevorzustehen, die viele hoffnungsvolle Entwicklungen und Initiativen abbricht. Bis in die letzten Tage hinein konnte man in China immer wieder hören: *Eine Kulturrevolution ist genug*. Eine solche Zeit der ideologischen Verirrung und Verwüstung wird es in China nicht mehr geben. – Trotz der deprimierenden Erfahrung der letzten Tage möchte man hoffen, daß wenigstens dieser Satz Bestand hat. *ev*

Signale

Das Ergebnis der Wahl zum Europaparlament

Nicht nur Politiker, sondern auch Bischöfe hatten vor der dritten Direktwahl zum Europaparlament ihre Mitbürger eindringlich dazu aufgefordert, ihre Stimme abzugeben. Die Appelle weder der einen noch der anderen fielen auf besonders fruchtbaren Boden: Zwar lag die Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik etwas höher als 1984, aber insgesamt zeigte sich, daß das europäische Parlament immer noch für viele Wähler eine unbekanntere oder wenig geschätzte Größe darstellt. Daß das jetzt gewählte Parlament über die Zäsur der Verwirklichung des Binnenmarkts Anfang 1993 hinaus im Amt sein wird, haben offenbar viele EG-Europäer nicht hinreichend bedacht. Ungeachtet seiner beschränkten Kompetenzen, wird das Straßburger Parlament beim

Weg zum Binnenmarkt ein gewichtiges Wort mitzureden haben.

Ob und wie sich dabei die Tatsache auswirkt, daß die Linksparteien ihre Position im Europaparlament ausbauen konnten, bleibt abzuwarten. Ein deutliches Signal haben die europäischen Wähler vielerorts durch ihre Stimmabgabe für *grüne Parteien* gesetzt. Nicht nur in der Bundesrepublik, dem deshalb noch vor Jahren vielfach „draußen“ beargwöhnten Mutterland der grünen Bewegung, sondern auch andernorts ist die ökologische Sensibilität offensichtlich gestiegen, will man kein Wirtschaftswachstum auf Kosten der Umwelt.

Auf der rechten Seite des parteipolitischen Spektrums fällt neben dem erneuten Erfolg des französischen „Front national“ natürlich vor allem der Einzug der bundesdeutschen Republikaner ins europäische Parlament ins Auge. Ob die Republikaner auch bei der kommenden Bundestagswahl so mühelos den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde schaffen, ist damit noch längst nicht gesagt. Trotzdem liefert aber das deutsche Ergebnis der Europawahl einen weiteren deutlichen Beleg dafür, daß die klassischen Milieus der großen Volksparteien weiterhin in Auflösung begriffen sind, daß die Zahl der unbeirrbar Stammwähler zurückgeht und das Wahlverhalten insgesamt schwerer kalkulierbar wird.

Der Erfolg der Republikaner hat auch etwas mit *antieuropäischen Affekten* zu tun, die in der Bundesrepublik vielfach zu beobachten sind: Europa erscheint als überdimensioniertes und kompliziertes Gebilde, das man für alle möglichen Übel und Fehlentwicklungen verantwortlich machen kann. Hier ist nicht nur, aber gerade auch in der Bundesrepublik in nächster Zeit noch viel politische Überzeugungs- und Aufklärungsarbeit zu leisten. Nicht zuletzt im Blick auf die Demokratisierungsprozesse in Osteuropa gilt es, nicht nur die positiven wirtschaftlichen Auswirkungen der europäischen Integration herauszustellen, sondern auch Leitideen wie Freiheit, Solidarität und Pluralität, die Markenzeichen Europas sind, und so gegen Ängste und Vorurteile anzugehen. *ru*